

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/43. Jahrgang

September 2012

Schutzgebühr: 0,40 €

Höchste Zeit: Uni-Klinikum enteignen!

Medizinische Spitzenleistungen und beste Krankenversorgung hatte der damalige Ministerpräsident Koch versprochen als er vor fast sieben Jahren das Uni-Klinikum Gießen-Marburg für einen Spottpreis an die Rhön AG verhöckerte. Inzwischen hat er sich aus der Verantwortung für die Folgen gestohlen und scheffelt Millionen als Vorstandsvorsitzender beim Baukonzern Bilfinger-Berger. Statt mit Spitzenleistungen macht das Klinikum seitdem nur mit Fehlleistungen Schlagzeilen. Nach Stellenabbau und Verschlechterung der Schichtpläne zu Lasten



von Personal und Patienten will die Geschäftsleitung jetzt auch noch den Eigenbeitrag zu den Kosten des Betriebskindergartens sparen – zu Gunsten der Dividende.

In Marburg ist es schon so weit, daß für die Zukunft des Klinikums gebetet wird wie für einen Totkranken. Bis zu 500 Menschen, auch viele

mit einem nicht-religiösen Hintergrund, treffen sich jeden Montag in der Elisabethenkirche, um nach einer Lösung zu suchen. Jetzt steht den Kliniken auch noch so etwas wie eine Personalfucht bevor. Da die Überleitung der Landesangestellten an einen privaten Betreiber verfassungswidrig war, haben alle Betroffenen bis zum 31.12. d.J. eine Rückkehroption in den Landesdienst. Die ist allerdings mit einem hohen Risiko verbunden. Es gibt keine Beschäftigungsgarantie und damit die Gefahr einer Verset-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Seit Mitte August kann man am DGB-Haus verfolgen, wie das Vermögen der Reichen in Deutschland wächst: innerhalb von zwei Wochen nachdem die Uhr aufgestellt wurde allein um mehr als 168 Milliarden Euro. Diese Riesensumme ist konzentriert in den Händen weniger. Von diesen 7,5 Billionen Euro besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung 4,7 Billionen Euro. Gleichzeitig steigt die Armut: 2,5 Millionen Kinder und 70% der Erwerbslosen leben in Armut. Noch eine Vergleichszahl: der komplette Staatshaushalt der BRD umfasst etwas mehr als 300 Milliarden Euro. Dafür ist die Verschuldung um so höher:

Inhalt:

"Bürgerbefragung"/DKP an CSD	S.2
Schwanenteich retten/Quellgarten	S.3
Rentenpolitik/Antifa-Schandurteil	S.4
Hartz IV - Wahnsinn mit Methode	S.5
Wanderungen zum Eichberg/Syrien	S.6
Griechenland/e-Card/Leserbrief	S.7
Termine	S.8



Nun steht also das Karussell am Marktplatz, um die „Trinkerszene zu vertreiben“ – so der Plan der Einzelhändler. Wie man sieht, geht dieser aber nicht auf; einträchtig existieren beide nebeneinander. Auch für den Karussell-Betreiber (ein Gießener Stadtverordneter – ein Schelm, wer Böses dabei denkt) scheint die Rechnung nicht aufzugehen: Die Kundschaft bleibt weg. Es war wohl nur eine „Schnaps-Idee“. - Ob die größer werdende Trinkerszene mit der zunehmenden Armut (s.o.) zu tun hat? Die DKP tritt ein für die Einrichtung einer Wärmestube mit einem preisgünstigen Getränkeausschank.

Für Frieden und Sozialismus!



Betrugsmanöver "Bürgerbefragung"

Die „Bürgerbefragung“ ist angelaufen. 1000 ausgewählte Gießener haben den Fragebogen erhalten. So will der Magistrat erfahren, wo die Menschen Einsparmöglichkeiten sehen, bzw. wo zusätzliche Einnahmen herkommen könnten. Dazu sollen ausführlich mit jeweils bis zu 12 Antwortmöglichkeiten mehr als 100 Fragen beantwortet werden.

Nichts scheint bei diesem Mammutprojekt vergessen: nicht der Gießen-Paß, nicht das Stadttheater, nicht die kommunalen Steuern, nicht die Privatisierung.

Allerdings kommen die Millionen, die mit der Absage der Landesgartenschau (LaGa) gespart werden könnten, ebenso wenig vor wie z.B. die großzügige (zusätzliche) Personalausstattung des Magistrats. Für die Menschen in Gießen ist dieser Fragebogen ein Bluff, der ihnen eine Einfluß-

möglichkeit suggeriert, die sie nicht haben. An der Situation der Menschen wird damit nichts verbessert werden – im Gegenteil.

Was macht die Stadt, wenn sie weiß, wie ihre Bürger denken, wo sie Ein-

schnitte verschmerzen können, wo sie höhere Gebühren für gerechtfertigt halten? Sie kann die Sozialkürzungen und andere Verschlechterungen da vornehmen, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist; und sie kann das noch als „demokratische Mitbestimmung“ ausgeben. Das und nichts anderes ist Sinn und Zweck der „Bürgerbefragung“.

Daß Gießen mit einer Viertel Milliarde Euro verschuldet ist, ist nicht nur hausgemachte Folge des „Kulturhauses“ und anderer Größenwahn-



projekte wie die LaGa. Es ist folgerichtige Konsequenz der Steuerpolitik in Berlin – egal, ob „schwarz/gelb“ oder SPD/Grün regiert. Solange die Kommunen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen finanzieren müs-

Die DKP fordert einen sofortigen Stopp der Zinszahlungen an die Banken bzw. eine komplette Stundung der Schulden, bis die Kommunen wieder handlungsfähig sind, auch dies kommt in dem Fragebogen nicht vor.

sen, aber nur etwa 15% des Steueraufkommens bekommen, ist diese immense Verschuldung programmiert und gewollt. Sie verschafft den Banken beachtliche Zinseinnahmen und führt die verfassungsmäßige „Selbstverwaltung“ der Kommunen ad absurdum und macht sie abhängig von der Landespolitik und deren Zuschüssen.

Der Einwand, daß dies nicht im Einflußbereich der Kommunalpolitiker liegt, verfängt nicht im geringsten. Es sind alles Politiker genau der gleichen Parteien, die in Berlin, in Wiesbaden und in Gießen regieren. Es sind die gleichen Parteien, die erst die „Sachzwänge“ schaffen, auf die sie sich später achselzuckend berufen. Daß dies in wechselnden Rollen – mal als Regierungspartei, mal als Opposition – geschieht, soll den Anschein von Demokratie vermitteln, verschleiert aber nur die herrschenden Machtverhältnisse.

Erika Beltz

Grußschreiben der DKP an den Christopher-Street-Day in Gießen

Die DKP Gießen begrüßt es, dass nach achtzehn Jahren wieder ein Christopher-Street-Day in Gießen stattfindet und übermittelt Euch solidarische Grüße.

Wir wenden uns stets gegen die Unterdrückung und Diskriminierung von Minderheiten sowie aller Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung, Hautfarbe, Religion oder ihrem Geschlecht benachteiligt werden.

Es hat lange gedauert, bis der Schandparagraph 175 in der BRD abgeschafft wurde. Und bis heute ist die Diskriminierung Schwuler und Lesben in Deutschland noch nicht beseitigt – wie unter anderem die jüngste Diskussion um die

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften zeigt. Wir sind allerdings



der Meinung dass alle freiwillig eingegangenen Beziehungen zwischen Menschen - in welcher Konstellation auch immer - gleichberechtigt zu behandeln sind. Denn nicht nur Ehe und Familie herkömmlicher Art, sondern auch ande-

re Beziehungsgemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, sind gleichberechtigt zu behandeln.

Insbesondere wenden wir uns gegen die Hetze religiöser wie auch politischer Fanatiker, die Homosexualität als Sünde oder Krankheit bezeichnen, die ausgemerzt werden müsse. Solche Fanatiker gibt es

leider auch in Gießen, zum Beispiel in der Freien Evangelischen Gemeinde in der Talstraße.

Wir wünschen dem CSD in Gießen einen erfolgreichen Verlauf

DKP Kreisvorstand Gießen
Michael Beltz

„Heute fliegt der graue Reiher, morgen kommt der Pleitegeier!“



Es war ein hoch gestecktes Ziel: die Menschenkette rundum den Schwanenteich. Aber es hat nicht allzu viel gefehlt.

Die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ bleibt höchst aktiv. Auf der Podiumsdiskussion am 23. August war die Mehrheit der Anwesenden auf ihrer Seite. Auch die Beteiligung an der Menschenkette um den Schwanenteich – es kamen an die 500 – war beachtlich. Daß die für das Bürgerbegehren erforderliche Anzahl von rund 3000 Unterschriften erreicht werden wird, steht außer Zweifel. Bürgermeisterin Weigel-Greilich rang sich inzwischen zu einigen kleinen Zugeständnissen durch, aber an der Zerstörung des Dammwegs hält sie fest. Dort soll jeglicher Bewuchs beseitigt und ein breiter asphaltierter Deich errichtet werden, auf dem die Baufahrzeuge (z.B. für das Palmencafé) fahren können. Und genau dies kann mit dem Bürgerbegehren verhindert werden.

Ihre Begründung, der Dammweg sei zu marode, um saniert werden zu können, ist ebenso hanebüchen wie unglaubwürdig. Sie halluziniert, als ob hier einer Nordsee-Brandung getrotzt werden müßte! Deswegen müsse radikal alles abgeholzt werden. Auch bei den Studierenden, die mit einem Aufschlag auf den Semesterbeitrag die LaGa mitfinanzieren sol-

len, ruderte Weigel-Greilich zurück. Für nicht mehr 13.50 €, sondern nur noch für 5 € Erhöhung sollen sie eine Dauerkarte erhalten. Dennoch ist die Zustimmung, über die eine Urabstimmung entscheidet, keineswegs si-

cher, denn auch an der Uni gibt es prinzipielle LaGa-Gegner. Ohnehin ist diese Kalkulation sehr fraglich und schon unsozial, wenn man bedenkt, daß die Dauerkarte mit einem Gießen-Paß 50 € kosten soll! M.Beltz



Links: Dietmar Jürgens, Diplom-Biologe und Sprecher der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ bei seinem Vortrag im überfüllten Konzertsaal des Rathauses. Auf dem Podium v. l.: OB Grabe-Bolz und Bgm. Weigel-Greilich, daneben Stefan Walther und Rüdiger Schäfer für die BI. Rechts: für die jüngsten Teilnehmer der Menschenkette war es nicht immer leicht, die Reihe geschlossen zu halten.

Quellgarten – von Natur keine Spur

„Nah an der Natur – Landesgartenschau“ – Plakate mit diesem Spruch sollen für die LaGa 2014 werben. Wer die Entwicklung verfolgt, kann da nur mit dem Kopf schütteln. Passender wäre „Weg mit der Natur – Landesgartenschau“. Landschaftsarchitekten ist nichts verhaßter als vorhandener Bewuchs, und nichts ist ihnen lieber, als solchen Bewuchs zu beseitigen und durch Designer-Landschaften zu ersetzen, an denen sie und die beauftragten Firmen auch noch gut verdienen können. Ein treffendes Beispiel ist der sog. Quellgarten, der gegenüber der Theodor-Litt-Schule gebaut wird. Dort befand sich bis zum vergangenen Frühjahr ein kleiner, natürlich gewachsener Auwald rund um eine Quelle, die der Gegend ihren Namen (Am Waldbrunnen) gab. Das war ein Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere wie Vögel, Lurche und Libellen. Leider war dieses Wäldchen total ungepflegt und vermüllt. Mit wenig Aufwand hätte dort ein Schmuckstück entstehen können: den kleinen Bach, vielleicht mit ein paar Windungen, einfassen, das Wäldchen lichten und Wege hindurchführen, ein paar

Bänke... Aber für eine Gartenschau wäre das natürlich zu einfach. Die Bäume wurden samt Wurzeln restlos entfernt, ohne Rücksicht auf überwinterte Frösche, Kröten und Molche. Die Quellgarten-Baustelle ähnelt mehr der einer Autobahn als eines Gartens. Lastwagenweise werden dort Schotter und Betonplatten abgeladen. Auch die Kosten von weit über einer Million Euro entsprechen etwa denen eines Autobahnabschnittes gleicher Länge. Irgendwann kommt Erde drauf, und dann wird der Quellgarten gestaltet, mit exotischen Stauden, Büschen, Blumenrabatten und viel Beton. Der Bach, der ganz durchfließen soll, muß wahrscheinlich mit Trinkwasser gespeist werden. Der zur Zeit völlig verschwundene Wasserlauf hat sich längst einen anderen Weg gesucht. Während der LaGa wird diese Kunstlandschaft wahrscheinlich bestaunt. Danach wird sie aber einen hohen Pflegebedarf haben, für den - Dank Schuldentilgung - kein Geld mehr da sein wird. Spontanvegetation und Pausenmüll der benachbarten Schule werden das einstmalig natürliche Gelände prägen. Gernot Linhart

(Fortsetzung von Seite 1)

Uniklinikum enteignen!

zung in eine Dienststelle irgendwo in Hessen oder sogar einer betriebsbedingten Kündigung. Trotzdem haben hunderte Beschäftigte einen solchen Antrag gestellt, darunter zum Beispiel ganze EDV-Abteilungen. Die Situation ist für alle Betroffenen unzumutbar. Die Rückkehrwilligen haben ein zu hohes Risiko, die Restbelegschaft muß mit enormen Belastungen rechnen, die Patientenversorgung ist gefährdet. Die beste Lösung wäre eine baldige Rückkehr des Klinikums in die Verantwortung des Landes. Im Sinne der Hessischen Verfassung wie auch des Grundgesetzes wäre dazu auch eine Enteignung zum Wohl der Menschen möglich.

Gernot Linhart

Rentenpolitik fürs Kapital

Die Ministerin Ursula von der Leyen will neben anderen Änderungen im Bereich der gesetzlichen Renten den Rentenbeitragssatz von 19,6% auf 19% senken und damit Unternehmern und Beschäftigten angeblich Einsparungen verschaffen. Dabei verschweigt sie natürlich, dass diese Beitragskürzung zur Folge hat, dass im Jahr 2013 die gesetzliche Rentenversicherung so auf 7,2 Milliarden Euro verzichten muß. Zusätzlich würden 370 Millionen Euro Beiträge für Kindererziehung wegfallen und damit der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung um 1,11 Milliarden Euro geringer ausfallen. Diese Kürzungen der Einnahmen würden natürlich auch eine Kürzung der Ausgaben, sprich der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, zur Folge haben. Stärkerer Anstieg von Armut im Alter wird das Ergebnis sein. Die Kürzungen des Bundeszuschußes werden sich bis 2016 auf 4,5 Milliarden Euro belaufen, die Streichung der

Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Empfänger, die seit dem 1.1.2011 gilt, bedeuten ebenfalls alleine für 2012 eine weitere Kürzung in

ker an die gesetzliche Rentenversicherung geschlagen und Zerstörungsarbeit geleistet. Und wem nutzt das Ganze? Natürlich den Unternehmern, der Versicherungswirtschaft und dem hinter ihr stehenden Finanzkapital. Das schießt seit Jahrzehnten auf die Töpfe der gesetzlichen Rentenversicherung, an denen es bereichert und weiter bereichern will - in Form der Privatisierung der Renten. Denn um eine weitere Kürzung ihrer Rentenansprüche zu verhindern, sollen die abhängig Beschäftigten in private Rentenversorgung investieren. Die paritätische Rentenversicherung wird immer weiter aufgegeben, die private Vorsorge und die damit verbundenen Riesengewinne der Versicherungswirtschaft sind das Ziel von von der Leyen und Konsorten. Die DKP fordert, Hände weg von der weiteren Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung; die Beiträge müssen in einer Höhe erfolgen, die Renten deutlich oberhalb der Armutsgrenzen ermöglichen. Stopp der Altersarmut. H.R.



Höhe von 4 Milliarden Euro bei den Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Axt wird immer stär-

Nach NPD-Aufmarsch: Schandurteil gegen Antifaschisten

Mit einem Schandurteil ging am 30. August der Prozeß gegen den Frankfurter Antifaschisten zu Ende, der im vergangenen Jahr Mut bewiesen und gegen den Aufmarsch der NPD am 16. Juli in Gießen demonstriert hatte. Nachdem die Polizei ihn am Bahnhof massiv an der Ausübung seiner demokratischen Rechte (der Teilnahme an einer genehmigten Antifa-Demo) gehindert hatte, soll er dazu aufge-

wenige Sekunden lang ein Tuch vor dem Gesicht) zu einer Geldstrafe von 2700 Euro verurteilt. Das entspricht einer Haftstrafe von 30 Tagen, damit gilt man als „vorbestraft“. Dieses ungeheuerliche Urteil, das wegen einer Lappalie gefällt wurde, ist bezeichnend für die deutsche Justiz, die traditionell Milde gegenüber Nazis walten läßt, während gegen Antifaschisten mit voller Härte vorge-

gangen wird. Bemäntelt wird dieser Skandal, indem durch mehrere Verhandlungstage und die Anhörung von zig Zeugen der Anschein erweckt wird, das Gericht habe den Sachverhalt gewissenhaft geprüft. Nach dem Eindruck von Prozeßbeobachtern jedoch schien das Urteil vor vornherein festgestanden zu haben. Nachdem die Stadt Gießen sich strikt geweigert hatte, die NPD-Demo zu verbieten, es nicht einmal versucht hatte, durfte die faschistische NPD unter dem Schutz eines martialischen Polizeiaufgebots von 4000 Polizisten durch Gießen marschieren. Gleichzeitig wurden Antifaschisten mit Gewalt darin gehindert, an einer genehmigten Demonstration teilnehmen zu können – und strafrechtlich verfolgt, wenn sie sich dagegen zu wehren versuchten. Erika Beltz



Hartz IV – Wahnsinn mit Methode

Es gibt keine Alternative zur Beutelschneiderei bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, sagen sie alle von Schröder bis Merkel. „Basta!“ bekräftigt der Kanzler. „Ein bisschen Nachbesserung darf möglicherweise, vielleicht, eventuell sein“, meint SPD-Chef Müntefering und zieht zur Ablenkung ganz unverbindlich das Thema „Mindestlohn“ aus dem Hut. Schließlich ist er für die Stimmung der Wähler zuständig. Da darf auch noch die „Parteilinke“ Nahles ihre „Bürgerversicherung“ vorstellen, klingt auch viel besser als die „Kopfpauschale“ der CDU und darauf kommt es schließlich an. Wer hier zahlt und wer kassiert, bleibt offen. „Die Reformen reichen bei weitem nicht aus“, sagt CDU-Merkel und nimmt die nächsten Verschlimmbesserungen zu Lasten aller Gebeutelten ins Visier. Der ehemalige CDU-Ministerpräsident (Saarland) Peter Müller hätte es gern etwas weichgespülter, Kollege Milbradt (Sachsen) spürt ein leichtes Bedürfnis, sich in die Anti-Hartz-Demos einzureihen. Zuvor haben beide ihre Zustimmung zu den Hartz'er Greuelkatalogen gegeben. Gegen Hartz demonstriert auch der frühere SPD-Vorsitzende Lafontaine, der als einer der ersten die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau gefordert hatte. Und alle waschen sie die Hände in Unschuld: „Wenn doch nur die Abzocke handwerklich nicht so schlecht ge-

macht wäre!“ stöhnt die Opposition.
„Wir geben es zu, wir haben den kleinen Leuten den Griffins Portemonnaie nicht gut vermittelt“, sagt reuevoll die Regierung. Im Volk macht sich die Meinung breit: Wir leisten uns da als Politiker einen Käfig voller Narren, die sind unehrlich und ungerecht, arbeiten nicht professionell und kennen die Nöte der Menschen nicht. Meist nicht falsch, aber es trifft nicht den Kern der Sache. Es fällt auf: Die Vertreter der Chefetagen der Wirtschaft halten in diesem Wirrwarr der Äußerungen Kurs. Siemens-Chef



Heinrich von Pierer zu seinem Kanzler: „Mit Ihrer Agenda sind Sie auf dem richtigen Weg.“ Graf Lambsdorff hatte schon 1982 in einem Thesenpapier gesagt, Reformen seien nur wirksam, wenn sie zu Lasten des „kleinen Mannes“ gingen. In einem Spiegel-Interview bekräftigt der ehemalige Wirtschaftsminister 2003, es sei zu viel zugunsten des kleinen Mannes verteilt worden. Das müsse man „zu seinen Lasten nun wieder korrigie-

Steinbrücks Hartz IV-Skala

Peer Steinbrück, einer der derzeitigen Kanzlerkandidatsanwärter der SPD sagte vor 8 Jahren (als damaliger Ministerpräsident von NRW auf die Frage, ob auf Hartz IV, Hartz V, Hartz VI, Hartz VIII folgen müssen: **„Das ist eine Frage der Dosis, die die Menschen vertragen können.“**

ren und einsammeln“. Klar, das können Politiker, die gewählt werden wollen, nicht sagen und so müssen sie närrische Eiergänge durchführen. Was Wirtschaft und Politik wirklich wollen, kann man kurz sagen: Senkung der Lohnkosten für die Industrie und Zurückfahren der sozialen Absicherung des Staates. Hört man das vielstimmige Gezeter der Politiker, könnte man meinen, sie seien alle vom Wahnsinn regiert. Schaut man sich an, wie den Großkonzernen mit vollen Händen gegeben wird, Kapitalsteuersenkungen und Subventionen am laufenden Band, und den Arbeitenden, Arbeitslosen, Armen und Rentnern mehr und mehr genommen wird, erkennt man: Der Wahnsinn hat Methode. Ausbeutermethode. Je älter der Kapitalismus wird, umso krisenanfälliger wird er, desto mehr Dauerarbeitslosigkeit schafft er, desto mehr versucht er die Lasten seiner Altersunfähigkeit auf das Volk abzuwälzen. Er tut das immer rabiater, solange das Volk es sich gefallen lässt.

Klaus Mewes

Weg mit Hartz IV!

Aufruf für die 9. Herbsdemonstration gegen die Regierung in Berlin am 6. 10.

„Seit acht Jahren protestieren Montag für Montag Tausende auf den Montagsdemos gegen die Hartz-Gesetze. Die sich in Deutschland sozialgebende Merkel-Regierung fährt in Europa ein gnadenloses Kürzungsprogramm gegen die Massen. So gibt es viele Gründe gegen diese Regierung auf die Straße zu gehen. In unserem Land fordern zwei Drittel aller Menschen nach wie vor:

Weg mit den Hartz-Gesetzen!

Weg mit Hartz IV!

Seit deren Einführung sind in Deutschland die Reallöhne um 7 % gesunken.

Millionen Menschen müssen die Aufstockung ihres Lohnes auf Hartz IV beantragen und damit auf ein Niveau, das selbst unter der offiziellen Armutsgrenze der OECD liegt.

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Geringverdienern und von Armut betroffenen Menschen sank in den letzten zehn Jahren um 2 auf 75,5 Jahre. In den Betrieben steigen Ausbeutung und Mobbing ins Unerträgliche. **Wir fordern**

- * die Erhöhung der Löhne und Gehälter,
- * die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes für die Dauer der Arbeitslosigkeit,
- * eine existenzsichernde, schikanefreie Sozialunterstützung,
- * weg mit der Rente mit 67 sowie
- * die Einführung der 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und
- * einen gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 10 • die Stunde...“ (gekürzt)

weitere Infos: <http://www.bundesweite-montagsdemo.com>

Buchtipp: Wanderung zum Eichberg

Kurt ist ein unehelich geborenes und ungewolltes Kind. Außerdem schwer geistig und körperlich behindert. Seine Mutter verlässt ihn und so wächst er ungeliebt bei seinen Großeltern auf. Doch Rettung naht.

Dr. Seuders möchte Kurt mit in die Klinik nach Heidelberg nehmen, um seine Krankheit zu erforschen und ihn zu heilen. Außerdem mit Hilfe von Kurt zu wissenschaftlicher Anerkennung gelangen.

Trotz des heiteren Tons schleicht sich ein beklemmendes Gefühl ein. Die medizinischen Versuche zeigen keine Ergebnisse und so möchte Dr. Seuders Kurt mit nach Eichberg nehmen.



Harald Wölfel-Schramm, *Wanderung zum Eichberg*, Verlag Ute Fuchs, 135 S., 16,50 Euro

In der Kinderfachabteilung der Landesheilanstalt Eichberg bei Eltville wurden mehr als 500 Kinder zwischen 1941-1945 im Rahmen des Euthanasieprogramms ermordet. Ein Teil wurde erst in der psychiatrischen Klinik Heidelberg untersucht und behandelt, kam anschließend nach Eichberg zum Töten, die Gehirne wurden entnommen und zurück nach Heidelberg für weitere Forschungen gebracht.

Medizinische Versuche und Euthanasie sind immer noch ein Randthema in der Aufarbeitung der NS-Zeit und doch sind die Themen heute genauso aktuell. Viele große Pharmakonzerne haben ihre Menschenversuche nach z.B.

Indien verlagert. Allein bei Medikamentenversuchen der Firma Bayer starben in Indien zwischen 2007 und 2010 138 Menschen. Der Wert eines Menschen sollte sich nicht nach seiner ökonomischen Verwertbarkeit bemessen. Wissenschaft dient nicht unabhängig der reinen Erkenntnis und des Fortschritts sondern immer dem jeweiligen System und damit im Kapitalismus einem rein ökonomischen Interesse.

Harald Wölfel-Schramm gelingt es, im Verlauf der Handlung diese Themen beiläufig ins Bewusstsein des Publikums zu rücken und zum Nachdenken über eigene Wertvorstellungen anzuregen. Die Geschichte schreitet in einer unterhaltsamen Logik voran, die Absurdität verbleibt beim Leser, mir kam der Gedanke an Kafkas „In der Strafkolonie“ in den Sinn.

Sabine Albrecht

Keine Militärintervention in Syrien

Seit Monaten tobt in Syrien ein erbitterter Bürgerkrieg, zwischen dessen Fronten die an einem friedlichen Wandel interessierte Zivilgesellschaft zunehmend aufgerieben wird. In Syrien tummeln sich längst nicht mehr nur die unter dem Dach der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) operierenden bewaffneten Kräfte der Opposition, sondern Kämpfer und Freischärler aus Libyen, Saudi-Arabien und Afghanistan; viele von ihnen verfügen über Trainings- und Stützpunkte in der Türkei und werden logistisch und propagandistisch unterstützt aus dem Emirat Katar. Der Westen hat von Anfang an Partei ergriffen für die Opposition, obwohl deren Zusammensetzung und politische Orientierung vielfach unklar sind. So musste auch der von den Vereinten Nationen getragene Vermittlungsversuch von Kofi Annan scheitern: Weder die USA noch die FSA waren an Verhandlungen zwischen der Assad-Regierung und der Opposition interessiert, sondern bestanden auf einem Regimewechsel. Leidtragende sind die Menschen in Syrien, die sich schon zu Hunderttausenden auf der Flucht befinden und dringend humanitärer Hilfe bedürfen.

20.000 Menschen – darunter viele Zivilpersonen – sollen getötet worden sein.

Zugleich ist der syrische Bürgerkrieg zu einer Art Stellvertreterkrieg mutiert: Der Westen (unter Führung der

lung lediglich Russland und China im Weg, die im UN-Sicherheitsrat jegliche einseitige Verurteilung der syrischen Regierung blockiert haben. In Wahrheit geht es dem „Westen“ aber um die Durchsetzung ihrer hegemonialen Interessen in der ölreichsten Region der Welt, geht es ihm um die Ausschaltung der letzten unbotmäßigen Regierungen, die einer imperialen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens im Weg stehen. Dagegen sind China und Russland an der Aufrechterhaltung ihrer guten bis sehr guten Beziehungen zu Syrien interessiert; so stehen für Russland der einzige Militärstützpunkt am Mittelmeer und für Russland und China die guten Wirtschaftsbeziehungen auf dem Spiel.

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an den Sanktionen der USA und der Europäischen Union gegen Syrien. Diese Sanktionen sind von keiner UN-Resolution gedeckt und sind kontraproduktiv, weil sie vor allem die ärmere Bevölkerung und die handelstreibende Mittelschichten treffen.

(Aus der Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag Kassel zum Antikriegstag)



An der Demonstration in Frankfurt nahmen etwa 1000 Menschen teil

USA), die NATO (mit dem Frontstaat Türkei), die Europäische Union und die Bundesregierung tun dabei so, als stünden einer friedlichen Entwick-

Sie schlagen Griechenland und meinen uns alle.

Unter der oben genannten Parole reisten zwei junge griechische Gewerkschafterinnen auf Einladung der DGB-Jugend durch Hessen und Thüringen. In zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, wie am 25. August im Gießener DGB-Haus, und bei Treffen mit heimischen Betriebsräten berichteten die beiden Kolleginnen über die Folgen der Krisenpolitik der Troika aber auch über die Kämpfe der griechischen Gewerkschaften gegen die Spardiktate.

Arigiro Baduvva, Lehrerin und im Vorstand der Lehrer/innen Griechenlands (DOE) berichtete von der Schließung von Schulen, von ungeheizten Klassenräumen im Winter und von einer Generation, die um ihre Zukunft betrogen wird. Die Betriebsratsvorsitzende von „Nokia-Siemens Hellas“

Alkistis Tsolakou ging auf die Situation der Werk tätigen in ihrer Heimat ein. Die Löhne wurden um 40 Prozent gekürzt, der Mindestlohn, die Renten

und das Arbeitslosengeld drastisch gesenkt. Wie die Kosten der Eurokrise auf die Bevölkerung abgewälzt werden, wurde besonders am Beispiel der Gesundheitsversorgung deutlich. Wer medizinisch versorgt werden will, muss erst Verbandszeug kaufen und es ins Krankenhaus mitbringen. Während bei den Arbeitnehmern, Rentnern und Jugendlichen

immer brutaler gekürzt wird, steht eine Besteuerung hoher Vermögen nicht zur Debatte.

Im Gegenteil, es wurden fünf Gesetze erlassen, die Steuersenkungen für die Superreichen haben. Die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Politik waren mehrere Generalstreiks, denen sich über eine Million Menschen angeschlossen hatten. Als Alternative zum Europa der Banken und Märkte sprachen sich die beiden Kolleginnen für ein soziales und solidarisches Europa aus.



Ulf Immelt

Leserbrief

Im Gießener Echo, August 2012, heißt es zu amnesty international, diese Organisation habe sich „von der einst neutralen Einstellung entfernt“. Ich erhebe Einspruch:

Die im Januar 2006 im Alter von 80 Jahren gestorbene Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende der BRD-Sektion von ai, Carola Stern (geb. Erika Assmus), z.B. hatte 1951 mit ihrem Wechsel von der DDR nach Westberlin nicht nur räumlich die Seiten gewechselt. Wie sie selbst sehr spät, im Jahr 2001 mit ihrer 2. Biographie „Doppelleben“ zugab, hatte sie (zumindest) in der DDR als Agentin der CIA gearbeitet.

Diese Orientierung traf sich durchaus mit der von ai, die von Beginn an als Speerspitze im Kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder auf dem Feld der Instrumentalisierung der Menschenrechte tätig war. Um diese offenkundige Funktion zu verschleiern, wurde später auch das Schicksal von Gefangenen in anderen Ländern, bevorzugt solchen aus dem globalen Süden, thematisiert. Kritik an den Zuständen in den imperialistischen Metropolen war für ai jahrzehntelang tabu.

Heinz-W. Hammer

**UZ - Sozialistische
Wochenzeitung
der DKP**

Probexemplar bzw. 10 Wochen
Gratis-Abo (endet automatisch):
UZ - Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482
E-mail: UZAbo@t-online.de

**Redaktionsschluß für das
Okt.-Echo ist am 7.9.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Kein Foto für die Krankenkasse

Für die elektronische Gesundheitskarte werden zur Zeit Millionen Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen aufgefordert, ein Foto von sich einzusenden. Im Moment funktioniert die Karte wie die alte Versicherungskarte, Ziel ist aber die informationelle Vernetzung aller Arzt- und Heilberufspraxen und die Speicherung von Gesundheitsdaten in einem solchen Netz.

Das birgt Gefahren, es könnte z. B. zu falschen Diagnosen führen, wenn Ärzte sich an schon erfassten Diagnosen orientieren. Für Pharmaindustrie, Politik, Kassen, Arbeitsagenturen sind diese Daten natürlich auch hochinteressant und viele Patienten

sind verunsichert und zweifeln die Datensicherheit an. Man muß kein Foto hinschicken bleibt trotzdem versichert und muß auch nicht finanziell in Vorleistung treten. Alte Kranken-

versicherungskarten behalten ihre Gültigkeitsdauer und danach können die Krankenkassen quartalsweise Behandlungsscheine ausstellen.

Auf der Webseite <http://www.stoppt-die-e-card.de/> gibt es den Musterbrief für den „Antrag unbefristet weiter die Krankenversicherungskarte zu nutzen“ und weitere Informationen, wie man sich verhält, wenn der Brief der Krankenkasse ins Haus flattert und man keine elektronische Gesundheitskarte möchte.

S.A.



UKGM zurück in öffentliches Eigentum

Die Zustände in den Universitätskliniken Gießen und Marburg sind nicht länger tragbar – eine Reprivatisierung unumgänglich.

Diskussionsveranstaltung der DKP Gießen und Marburg

Am Donnerstag, dem 13. September, um 19.30 Uhr im Versailles-Zimmer der Kongresshalle
mit

Tanja Bauder-Wöhr (DKP), Stadtverordnete der Fraktion Marburger Linke,

Prof. (emerit) Georg Fülberth (DKP), Politologe und ehem. Stadtverordneter in Marburg.

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern



Vor 20 Jahren: faschistische Überfall in Rostock-Lichtenhagen.

Dazu findet auch in Gießen eine Veranstaltungsreihe statt. Die nächsten Termine sind:

19. September, 20 Uhr, Infoladen:
Vortrag

„Neofaschismus und Rassismus – Zwei Aspekte kapitalistischer Krisenprozesse“ mit anschließender Diskussion,

Referent: Henning Mächerle

Veranstalter: VVN/BdA Kreisvereinigung Gießen.

20. September, 19 Uhr, Infoladen,
Informationsveranstaltung zur Situation der Sans-Papiers im nordfranzösischen Calais mit der Calais Migrant Solidarity

Veranstaltet wird die Reihe von der ISD Gießen zusammen mit dem Infoladen Gießen und der Antifa R4

Liebe Leserinnen und Leser,

einige - wenige - haben die Abo-Gebühren noch nicht bezahlt. Wir benötigen jeden Euro. außerdem bitten wir herzlich um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen

Termine der BI "Stoppt diese Landesgartenschau" nächstes Plenumstreffen:

Donnerstag, 13. September, 19.45 Uhr im Nordstadtzentrum

Info-Stände:

jeden Samstag auf dem Seltersweg

Die BI bittet um Spenden, sie können samstags am Infostand abgegeben oder überwiesen werden auf Konto: **D. Jürgens Antilaga**,
Konto 897 514 26, BLZ 513 500 25, Sparkasse Gießen

Wetzlar:

Veranstaltung von DKP und Die Linke

am Dienstag, dem 2. Oktober, um 19 Uhr
Im Saal der Gaststätte "Harlekin" (Güllgasse/Altstadt Wetzlar)

Erich Schaffner zeigt mit Schauspiel und Gesang:

***Was Sie schon immer
über Banken, Kapitalismus
und Kommunismus nicht wissen wollten!***

Musikalische Begleitung am Klavier mit Georg Klemp

bewährte Mischung aus: neuesten Nachrichten, alten Liedern und Szenen von Schiller bis Schwarzer, von Eisler bis Kreisler.

Schaffners Tucholsky, BILD, Brecht, Ackermann, Kästner, Freddy Quinn
u.a. Eintritt 5 Euro (ermäßigt: 3 Euro).

Ein treuer Freund lebt nicht mehr. Im August verstarb

Sefer Yilmaz

Wir behalten ihn als liebenswerten, bescheidenen engagierten Menschen in Erinnerung

Seine Freundinnen und Freunde